**26. NOVEMBER 2021 - Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern in Bezug auf unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer und auf Artikel 69*duodecies***

(*Belgisches Staatsblatt* vom 2. Mai 2023)

Diese deutsche Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES**

**26. NOVEMBER 2021 - Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern in Bezug auf unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer und auf Artikel 69*duodecies***

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund der Artikel 47/5 § 2 Absatz 2, 61/35 § 2 Absatz 2, 61/37 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2, 61/46 § 2 Absatz 2 und 61/47 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staats­gebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 8. Juni 2021;

Aufgrund des Einverständnisses der Staatssekretärin für Haushalt vom 12. Juli 2021;

Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestim­mungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 69.965/4 des Staatsrates vom 11. Oktober 2021, abge­geben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin des Innern und des Staatssekretärs für Asyl und Migration und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Vorliegender Erlass dient der Teilumsetzung:

1. der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. De­zember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten,

2. der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaats­angehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers.

**Art. 2** - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 24. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. *[Abänderung des niederländischen Textes]*

2. Der Artikel wird durch die Nummern 14 und 15 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"14. Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer: den in Arti­kel 24 Nr. 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. Dezember 2018 erwähnten Aufenthalts­titel, der gemäß dem Muster in Anlage 60 erstellt ist,

15. Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT": den in Artikel 24 Nr. 6 des Zusammen­arbeitsabkommens vom 6. Dezember 2018 erwähnten Aufenthaltstitel, der gemäß dem Muster in Anlage 61 erstellt ist."

**Art. 3** - In Artikel 1/1/1 § 1 Nr. 2 Buchstabe *a)* desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, werden die Wörter ", 11 und 12 des Gesetzes" durch die Wörter ", 11, 12, 13 und 14 des Gesetzes" ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 1/2/1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden die Wörter "oder 61/29-4 des Gesetzes" durch die Wörter ", 61/29-4, 61/34 oder 61/45 des Gesetzes" ersetzt.

2. In § 1 werden die Wörter "11 beziehungsweise 12 des Gesetzes" durch die Wörter "11, 12, 13 beziehungsweise 14 des Gesetzes" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 1 werden die Wörter "oder Artikel 61/27-4 § 3 Absatz 1" durch die Wörter ", Artikel 61/27-4 § 3 Absatz 1, Artikel 61/34 § 5 oder Artikel 61/45 § 4" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 1 werden die Wörter "oder in Artikel 61/26" durch die Wörter ", 61/26, 61/34 oder 61/45" ersetzt.

5. In § 4 werden die Wörter "oder 61/29-8 § 2 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes" durch die Wörter ", 61/29-8 § 2 Absatz 1 Nr. 5, 61/39 § 2 Nr. 3 oder 61/48 § 2 Nr. 3 des Gesetzes" ersetzt.

**Art. 5** - Artikel 25/2 § 5 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2011 und ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nr. 4 wird das Wort "einreichen." durch das Wort "einreichen," ersetzt.

2. Der Paragraph wird durch eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"5. Drittstaatsangehörige, die einen Antrag gemäß Artikel 61/34 oder Artikel 61/45 des Gesetzes für einen Aufenthalt als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer oder als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer im Rahmen einer kurz- oder langfristigen Mobilität einreichen."

**Art. 6** - Artikel 26/2 § 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "ohne jedoch einen Zeitraum von sechs Monaten zu überschreiten" durch die Wörter "ohne jedoch einen Zeitraum von neun Monaten zu überschreiten" ersetzt.

2. In Absatz 2 werden die Wörter "Artikel 10*bis* § 3 des Gesetzes eingereicht, wird die in Absatz 1 vorgesehene Frist von sechs Monaten" durch die Wörter "Artikel 10*bis* § 3 oder § 4 des Gesetzes eingereicht, wird die in Absatz 1 vorgesehene Frist von neun Monaten" ersetzt.

3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3 wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Wird der Antrag auf der Grundlage von Artikel 10*bis* § 5 oder § 6 eingereicht, wird die in Absatz 1 vorgesehene Frist von neun Monaten auf 90 Tage herabgesetzt."

**Art. 7** - Artikel 26/2/1 § 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 erster Satz werden die Wörter "ohne jedoch einen Zeitraum von sechs Monaten zu überschreiten" durch die Wörter "ohne jedoch einen Zeitraum von neun Monaten zu überschreiten" ersetzt.

2. In Absatz 1 zweiter Satz werden die Wörter "Artikel 10*bis* § 4 des Gesetzes eingereicht, wird die Frist von sechs Monaten" durch die Wörter "Artikel 10*bis* § 3 oder § 4 des Gesetzes eingereicht, wird die Frist von neun Monaten" ersetzt.

3. Der Paragraph wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Wird der Antrag auf der Grundlage von Artikel 10*bis* § 5 oder § 6 des Gesetzes eingereicht, wird die Frist von neun Monaten auf 90 Tage herabgesetzt."

**Art. 8** - Artikel 31 desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 12. Juni 2020 und zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 24. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. *[Abänderung des niederländischen und französischen Textes]*

2. Der Artikel wird durch die Nummern 16 und 17 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"16. Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer haben eine Gültigkeitsdauer, die der Dauer der dem Betreffenden erteilten Arbeitserlaubnis entspricht, wobei die in Artikel 61/38 § 1 des Gesetzes erwähnte Höchstdauer zu berücksichtigen ist.

17. Erlaubnisse für langfristige Mobilität "ICT" haben eine Gültigkeitsdauer, die der Dauer der erteilten Arbeitserlaubnis entspricht, wobei die in Artikel 61/47 § 2 des Gesetzes erwähnte Höchstdauer zu berücksichtigen ist."

**Art. 9** - Artikel 33 desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 12. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 5 Absatz 1 werden zwischen den Wörtern "aufgrund einer vor dem 24. De­zember 2018 ausgestellten Arbeitserlaubnis B" und den Wörtern "erlaubt ist" die Wörter "beziehungsweise einer vor diesem Datum ausgestellten Bescheinigung über die Befreiung von der Arbeitserlaubnis B" eingefügt.

2. In § 5 Absatz 1 Nr. 2 werden die Wörter "eine gültige Arbeitserlaubnis B, die vor dem 24. Dezember 2018 ausgestellt worden ist," durch die Wörter "eine vor dem 24. Dezember 2018 ausgestellte gültige Arbeitserlaubnis B beziehungsweise eine vor diesem Datum ausgestellte Bescheinigung über die Befreiung von der Arbeitserlaubnis B" ersetzt.

3. Artikel 33 wird durch einen Paragraphen 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"§ 6 - Wenn ein Drittstaatsangehöriger einen Antrag auf Erneuerung seines Aufenthalts­titels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer auf der Grundlage von Artikel 61/34 des Gesetzes beziehungsweise seiner Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT" auf der Grundlage von Artikel 61/45 des Gesetzes eingereicht hat und die zuständige Regionalbehörde und der Minister oder sein Beauftragter vor Ablauf der Gültigkeit des Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer beziehungsweise der Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT", dessen beziehungsweise deren Inhaber der Drittstaatsangehörige ist, keinen Beschluss über diesen Antrag fassen konnten, stellt der Bürgermeister oder sein Beauftragter dem Betreffenden auf seinen Antrag hin eine gemäß dem Muster in Anlage 49 erstellte Bescheinigung aus auf Vorlage folgender Dokumente:

1. seinen abgelaufenen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeit­nehmer beziehungsweise seine abgelaufene Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT",

2. das von der Regionalbehörde ausgestellte Dokument zur Bescheinigung der Zulässig­keit des Erneuerungsantrags.

Die in Absatz 1 erwähnte Bescheinigung deckt vorläufig den Aufenthalt des Betref­fenden auf dem Staatsgebiet des Königreichs. Sie ist dreißig Tage gültig und kann nur einmal um dieselbe Dauer verlängert werden."

**Art. 10** - In Artikel 37 Absatz 1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, werden zwischen den Wörtern "seine Erlaubnis für Saisonarbeitnehmer" und den Wörtern "oder seine langfristige Aufenthaltsberechtigung - EU" die Wörter ", seinen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer, seine Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT"" eingefügt.

**Art. 11** - Artikel 39 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 2015, wird durch einen Paragraphen 8 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"§ 8 - Der Ausländer, der sich als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer in Belgien aufhält und sein Recht auf Mobilität in Bezug auf einen anderen Mitgliedstaat geltend macht, kann nach Belgien zurückkehren, sofern sein Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer immer noch gültig ist."

**Art. 12** - Artikel 69*duodecies* § 9 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 24. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "oder innerhalb von drei Monaten nach Einreichung des Antrags auf Erlangung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens, je nachdem, was später eintrifft," gestrichen.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2 werden drei Absätze mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Wird der Antrag nach dem 1. Oktober 2021 eingereicht und werden nicht alle erforderlichen Nachweise innerhalb von drei Monaten nach Beantragung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens vorgelegt, lehnt der Bürgermeister oder sein Beauftragter den Antrag auf Erlangung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austritts­abkommens durch Aushändigung eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 59 ab, ohne den Antragsteller anzuweisen das Staatsgebiet zu verlassen.

In diesem Fall verfügt der Antragsteller über eine zusätzliche Frist von einem Monat, um die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Diese zusätzliche Frist von einem Monat beginnt mit Notifizierung der in Absatz 1 erwähnten Anlage 59.

Hat der Antragsteller die erforderlichen Unterlagen nach der in Absatz 1 erwähnten zusätzlichen Frist von einem Monat immer noch nicht vorgelegt, lehnt der Bürgermeister oder sein Beauftragter den Antrag ab und weist ihn durch Aushändigung eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 59 gegebenenfalls an das Staatsgebiet zu verlassen."

3. Im früheren Absatz 2, der Absatz 5 wird, werden die Wörter "In diesem Fall" durch die Wörter "In den in Absatz 1 und 2 erwähnten Fällen" ersetzt.

4. Der frühere Absatz 3, der Absatz 6 wird, wird durch die Wörter "oder der Bürgermeister oder sein Beauftragter hat den Antrag gemäß diesem Paragraphen abgelehnt" ergänzt.

**Art. 13** - In Titel II desselben Erlasses wird ein Kapitel 5*quinquies*, das die Arti­kel 105/43 bis 105/68 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"KAPITEL 5*quinquies* - Unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer

*Abschnitt 1 -* Anwendungsbereich

Art. 105/43 - Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels finden Anwendung auf Drittstaatsangehörige, die sich außerhalb des Staatsgebiets der Mitgliedstaaten der Euro­päischen Union befinden und als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen ins Königreich einreisen und sich dort aufhalten möchten, auf Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel für unternehmensintern trans­ferierte Arbeitnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erhalten haben und im Rahmen einer kurz- oder langfristigen Mobilität ins Königreich einreisen möchten, um sich dort in dieser Eigenschaft aufzuhalten und dort zu arbeiten, und auf Drittstaatsangehörige, denen gemäß den Bestimmungen von Titel II Kapitel 8*ter* des Gesetzes Aufenthalt und Arbeit im Königreich in dieser Eigenschaft erlaubt sind.

Die allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind auf sie anwendbar, sofern die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels nicht davon abweichen.

*Abschnitt 2 -* Langfristiger Aufenthalt - Einheitliches Verfahren

Unterabschnitt 1 - Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer

Art. 105/44 - Die Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts finden Anwendung auf Drittstaatsangehörige, die sich außerhalb des Staatsgebiets der Mitgliedstaaten der Euro­päischen Union befinden und im Hinblick auf einen Aufenthalt von mehr als neunzig Tagen als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer einen Antrag gemäß Artikel 61/34 des Gesetzes einreichen.

Art. 105/45 - § 1 ­ Unbeschadet der regionalen oder gemeinschaftlichen Rechts­vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer enthält der in Artikel 61/34 des Gesetzes erwähnte Antrag mindestens folgende Informationen:

1. diplomatische oder konsularische Vertretung, die für den Wohn- oder Aufenthaltsort im Ausland des Betreffenden zuständig ist,

2. elektronische Adresse des unternehmensintern transferierten Arbeitnehmers und seines Arbeitgebers,

3. Vermerk, ob sich der Betreffende bereits in den letzten drei Jahren als unternehmens­intern transferierter Arbeitnehmer auf dem Staatsgebiet aufgehalten hat.

§ 2 - Gemäß Artikel 61/34 § 3 des Gesetzes sind dem Antrag neben dem Nachweis über die Zahlung der Gebühr folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie seines Passes oder eines gleichwertigen Reisedokuments, das die in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) des Schengener Grenzkodex vorgesehenen Gültigkeitsbedingungen erfüllt,

2. Nachweis, dass er über genügende Existenzmittel verfügt, gemäß Artikel 105/66,

3. Nachweis, dass er über eine Krankenversicherung verfügt, gemäß Artikel 105/68,

4. ärztliches Attest, wie in Artikel 61/39 § 1 Absatz 1 Nr. 4 des Gesetzes erwähnt,

5. Auszug aus dem Strafregister oder gleichwertiges Dokument, wie in Artikel 61/39 § 1 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes erwähnt, wenn der Betreffende älter als achtzehn Jahre ist.

Art. 105/46 - § 1 ­ Wenn dem Drittstaatsangehörigen das Arbeiten von der zuständigen Regionalbehörde und der Aufenthalt in Anwendung von Artikel 61/39 § 1 des Gesetzes erlaubt ist, notifiziert der Minister oder sein Beauftragter ihm diesen Beschluss anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46.

§ 2 - Gemäß den Artikeln 3 und 31 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. Dezem­ber 2018 und Artikel 61/41 § 1 Absatz 2 des Gesetzes entspricht die Dauer der Aufenthalts­erlaubnis der Dauer der Arbeitserlaubnis.

§ 3 - Der Minister oder sein Beauftragter übermittelt der diplomatischen oder konsu­larischen Vertretung, die für den Wohn- oder Aufenthaltsort im Ausland des Betreffenden zuständig ist, eine Kopie des dem Betreffenden gemäß § 1 notifizierten Dokuments, das dem Muster in Anlage 46 entspricht, im Hinblick auf die Ausstellung des für dessen Einreise erforderlichen Visums.

Art. 105/47 - § 1 ­ Der in Artikel 105/46 erwähnte Drittstaatsangehörige beantragt die Gewährung eines Visums für den längerfristigen Aufenthalt bei der diplomatischen oder konsularischen Vertretung, die für seinen Wohn- oder Aufenthaltsort im Ausland zuständig ist.

Diese stellt ihm auf Vorlage seines Passes oder eines gleichwertigen Reisedokuments gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) des Schengener Grenzkodex und des ihm notifizierten Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46 unverzüglich ein Visum für den längerfristigen Aufenthalt aus.

§ 2 - Gemäß Artikel 12 Absatz 4 des Gesetzes begibt sich der Drittstaatsangehörige, dem ein Visum für den längerfristigen Aufenthalt gemäß § 1 ausgestellt worden ist, binnen acht Werktagen nach seiner Einreise im Hinblick auf seine Eintragung ins Fremdenregister und die Ausstellung seines Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer zur Gemeindeverwaltung seines Wohnortes.

In Erwartung der Durchführung der Überprüfung des Wohnortes und der Ausstellung des Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer stellt der Bürger­meister oder sein Beauftragter dem Betreffenden unverzüglich ein vorläufiges Aufenthalts­dokument gemäß dem Muster in Anlage 49 aus.

Dieses Dokument ist fünfundvierzig Tage gültig und kann bis zur Ausstellung des Aufenthaltstitels jedes Mal um die gleiche Dauer verlängert werden.

Art. 105/48 - Der Beschluss zur Aufenthaltsverweigerung wird dem Drittstaatsange­hörigen anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 48 notifiziert.

Unterabschnitt 2 - Erneuerung und Beendigung des Aufenthalts

Art. 105/49 - Die Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts finden Anwendung auf Drittstaatsangehörige, denen ein Aufenthalt von mehr als neunzig Tagen auf dem Staatsgebiet als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer erlaubt ist.

Art. 105/50 - Gemäß Artikel 61/39 § 1 des Gesetzes sind dem in Artikel 61/35 des Gesetzes erwähnten Erneuerungsantrag folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie des Passes des Betreffenden oder eines gleichwertigen Reisedokuments gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) des Schengener Grenzkodex,

2. Kopie des Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer, der den Aufenthalt des Betreffenden deckt,

3. Nachweis, dass der Betreffende über genügende Existenzmittel verfügt, gemäß Arti­kel 105/66,

4. Nachweis, dass der Betreffende über eine Krankenversicherung verfügt, gemäß Arti­kel 105/68.

Art. 105/51 - § 1 ­ Wenn der Drittstaatsangehörige von der zuständigen Regionalbehörde die Erlaubnis erhält, weiter zu arbeiten, und es ihm in Anwendung von Artikel 61/39 § 1 des Gesetzes erlaubt ist, sich weiter auf dem Staatsgebiet aufzuhalten, notifiziert der Minister oder sein Beauftragter ihm diesen Beschluss anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46.

§ 2 - Die Dauer der Aufenthaltserlaubnis entspricht der Dauer der Arbeitserlaubnis.

Art. 105/52 - § 1 ­ Der Minister oder sein Beauftragter übermittelt der Gemeinde­verwaltung des Wohnortes unverzüglich eine Kopie des in Artikel 105/51 § 1 erwähnten Dokuments, das dem Muster in Anlage 46 entspricht, im Hinblick auf die Erneuerung des Aufenthaltstitels gemäß § 2.

§ 2 - Wird der in § 1 erwähnte Drittstaatsangehörige bei der Gemeindeverwaltung seines gewöhnlichen Wohnortes vorstellig, so erneuert der Bürgermeister oder sein Beauftragter auf seinen Antrag hin und auf Vorlage des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46 unverzüglich den Aufenthaltstitel.

Gemäß Artikel 61/37 § 3 des Gesetzes entspricht die Gültigkeitsdauer des Aufenthalts­titels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer der zulässigen Dauer des Aufenthalts.

Art. 105/53 - Der Beschluss zur Verweigerung der Erneuerung wird dem Drittstaats­angehörigen anhand des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 48 notifiziert.

Art. 105/54 - Der Beschluss zur Beendigung des Aufenthalts wird anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 52 notifiziert.

Unterabschnitt 3 - Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT"

Art. 105/55 - Die Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts finden Anwendung auf Drittstaatsangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer erhalten haben und im Hinblick auf einen Aufenthalt von mehr als neunzig Tagen als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer einen Antrag gemäß Artikel 61/45 des Gesetzes einreichen.

Art. 105/56 - § 1 ­ Unbeschadet der regionalen oder gemeinschaftlichen Rechtsvor­schriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer enthält der in Artikel 61/45 des Gesetzes erwähnte Antrag mindestens folgende Informationen:

1. Adresse des unternehmensintern transferierten Arbeitnehmers im ersten Mitglied­staat,

2. elektronische Adresse des unternehmensintern transferierten Arbeitnehmers und seines Arbeitgebers,

3. Vermerk, ob sich der Betreffende bereits während der letzten drei Jahre als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer auf dem Staatsgebiet aufgehalten hat.

§ 2 - Gemäß Artikel 61/45 § 2 des Gesetzes sind dem Antrag neben dem Nachweis über die Zahlung der Gebühr folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie seines Passes oder eines gleichwertigen Reisedokuments, das die in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) des Schengener Grenzkodex vorgesehenen Gültigkeitsbedingungen erfüllt,

2. Nachweis, dass er über genügende Existenzmittel verfügt, gemäß Artikel 105/66,

3. Nachweis, dass er über eine Krankenversicherung zur Deckung der Risiken in Belgien verfügt, gemäß Artikel 105/68,

4. Nachweis, dass er über einen vom ersten Mitgliedstaat ausgestellten gültigen Aufenthaltstitel für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer verfügt, wie in Arti­kel 61/48 § 1 Nr. 3 des Gesetzes erwähnt,

5. Auszug aus dem Strafregister oder gleichwertiges Dokument, wie in Artikel 61/48 § 1 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes erwähnt, wenn der Betreffende älter als achtzehn Jahre ist.

Art. 105/57 - § 1 ­ Wenn dem Drittstaatsangehörigen das Arbeiten von der zuständigen Regionalbehörde und der Aufenthalt in Anwendung von Artikel 61/48 § 1 des Gesetzes erlaubt ist, notifiziert der Minister oder sein Beauftragter ihm diesen Beschluss anhand des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46.

§ 2 - Gemäß den Artikeln 3 und 31 des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. Dezem­ber 2018 und Artikel 61/45 § 1 Absatz 2 des Gesetzes entspricht die Dauer der Aufenthalts­erlaubnis der Dauer der Arbeitserlaubnis.

Art. 105/58 - § 1 ­ Drittstaatsangehörige, die im Rahmen einer langfristigen Mobilität als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer nach Belgien kommen, begeben sich binnen acht Werktagen nach ihrer Einreise im Hinblick auf ihre Eintragung ins Fremdenregister und die Ausstellung ihrer Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT" zur Gemeindeverwaltung ihres Wohnortes.

In Erwartung der Durchführung der Überprüfung des Wohnortes und der Ausstellung der Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT" stellt der Bürgermeister oder sein Beauftragter dem Betreffenden unverzüglich ein vorläufiges Aufenthaltsdokument gemäß dem Muster in Anlage 49 aus.

Dieses Dokument ist fünfundvierzig Tage gültig und kann bis zur Ausstellung der Erlaubnis jedes Mal um die gleiche Dauer verlängert werden.

Art. 105/59 - Der Beschluss zur Aufenthaltsverweigerung wird dem Drittstaatsange­hörigen anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 48 notifiziert.

Unterabschnitt 4 - Erneuerung und Beendigung des Aufenthalts

Art. 105/60 - Die Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts finden Anwendung auf Drittstaatsangehörige, denen es im Rahmen einer langfristigen Mobilität erlaubt ist, sich mehr als neunzig Tage als unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer auf dem Staatsgebiet aufzuhalten.

Art. 105/61 - § 1 ­ Gemäß Artikel 61/48 § 1 des Gesetzes sind dem in Artikel 61/46 des Gesetzes erwähnten Erneuerungsantrag folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie des Passes des Betreffenden oder eines gleichwertigen Reisedokuments gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) des Schengener Grenzkodex,

2. Kopie der gültigen Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT", die den Aufenthalt des Betreffenden deckt,

3. Nachweis, dass der Betreffende über genügende Existenzmittel verfügt, gemäß Arti­kel 105/66,

4. Nachweis, dass der Betreffende über eine Krankenversicherung verfügt, gemäß Arti­kel 105/68.

Art. 105/62 - § 1 ­ Wenn der Drittstaatsangehörige von der zuständigen Regional­behörde die Erlaubnis erhält, weiter zu arbeiten, und es ihm in Anwendung von Artikel 61/48 § 1 des Gesetzes erlaubt ist, sich weiter auf dem Staatsgebiet aufzuhalten, notifiziert der Minister oder sein Beauftragter ihm diesen Beschluss anhand des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46.

§ 2 - Die Dauer der Aufenthaltserlaubnis entspricht der Dauer der Arbeitserlaubnis.

Die Dauer des Aufenthalts in Belgien im Rahmen einer langfristigen Mobilität als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer darf die Gesamtdauer des Aufenthalts im ersten Mitgliedstaat als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer nicht überschreiten.

Art. 105/63 - § 1 ­ Der Minister oder sein Beauftragter übermittelt der Gemeinde­verwaltung des Wohnortes unverzüglich eine Kopie des in Artikel 105/62 § 1 erwähnten Dokuments, das dem Muster in Anlage 46 entspricht, im Hinblick auf die Erneuerung des Aufenthaltstitels gemäß § 2.

§ 2 - Wird der in § 1 erwähnte Drittstaatsangehörige bei der Gemeindeverwaltung seines gewöhnlichen Wohnortes vorstellig, so erneuert der Bürgermeister oder sein Beauftragter auf seinen Antrag hin und auf Vorlage des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 46 unverzüglich die Erlaubnis.

Gemäß Artikel 61/47 § 2 des Gesetzes entspricht die Gültigkeitsdauer der Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT" der zulässigen Dauer des Aufenthalts.

Art. 105/64 - Der Beschluss zur Verweigerung der Erneuerung des Aufenthalts wird dem Drittstaatsangehörigen anhand des Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 48 notifiziert.

Art. 105/65 - Der Beschluss zur Beendigung des Aufenthalts wird anhand eines Dokuments gemäß dem Muster in Anlage 52 notifiziert.

*Abschnitt 3*- Besondere Nachweismodalitäten

Unterabschnitt 1 - Genügende Existenzmittel und Zweck des Aufenthalts

Art. 105/66 - Für einen Aufenthalt von mehr als neunzig Tagen als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer wird der erforderliche Nachweis über genügende Existenzmittel für den betreffenden Aufenthalt insbesondere durch Vorlage des Arbeitsvertrags des Betreffenden erbracht.

Art. 105/67 - Bestehen Zweifel an dem Aufenthaltszweck oder dem Ausreichen der Existenzmittel, so kann die zuständige Behörde von dem Drittstaatsangehörigen oder dem Arbeitgeber alle relevanten Unterlagen oder Auskünfte verlangen, um die Erfüllung der vorerwähnten Bedingungen nachzuweisen.

Unterabschnitt 2 - Krankenversicherung

Art. 105/68 - Der Nachweis, dass der Drittstaatsangehörige über die erforderliche Krankenversicherung verfügt, wird erbracht durch:

1. ein von einem Versicherungsträger ausgestelltes Dokument, das bescheinigt, dass der Betreffende für die gesamte Dauer seines Aufenthalts in Belgien über eine Krankenver­sicherung zur Deckung aller Risiken verfügt, denen eine durch die belgische Gesundheits­pflegeversicherung versicherte Person aufgrund ihrer Beschäftigung ausgesetzt ist,

2. ein Dokument, das in Anwendung eines internationalen Abkommens über soziale Sicherheit ausgestellt worden ist, das ebenfalls die Krankenversicherung umfasst, und bescheinigt, dass der Betreffende Anspruch auf medizinische Versorgung in Belgien zu Lasten der Krankenversicherung des Landes hat, mit dem das internationale Abkommen über soziale Sicherheit abgeschlossen wurde,

3. ein vom Arbeitgeber ausgestelltes Dokument, das bescheinigt, dass der Arbeitgeber alle medizinischen Kosten übernimmt, die durch die belgische Gesundheitspflegeversicherung gedeckt sind, und zwar für die gesamte Dauer des Aufenthalts in Belgien."

**Art. 14** - In denselben Erlass wird eine Anlage 60 eingefügt, die vorliegendem Erlass als Anlage 1 beigefügt ist.

**Art. 15** - In denselben Erlass wird eine Anlage 61 eingefügt, die vorliegendem Erlass als Anlage 2 beigefügt ist.

**Art. 16** - Anlage 59 zu demselben Erlass wird durch Anlage 9 *[sic, zu lesen ist: 8]* zu vorliegendem Erlass ersetzt.

**Art. 17** - Anlage 15*quinqies* zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 15. August 2012, wird durch Anlage 9 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 18** - Anlage 43 zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird durch Anlage 3 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 19** - Anlage 43*bis* zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird durch Anlage 4 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 20** - Anlage 46 zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird durch Anlage 5 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 21** - Anlage 49 zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird durch Anlage 6 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 22** - Anlage 52 zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 23. März 2020, wird durch Anlage 7 ersetzt, die vorliegendem Erlass beigefügt ist.

**Art. 23** - Der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 26. November 2021

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Innern

A. VERLINDEN

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

S. MAHDI

\_\_\_\_\_\_\_

*Anlage 60 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 60

**AUFENTHALTSTITEL FÜR UNTERNEHMENSINTERN TRANSFERIERTE ARBEITNEHMER**



**FOLGENDE ANGABEN SIND MIT BLOSSEM AUGE ERKENNBAR:1**

VORDERSEITE:

|  |  |
| --- | --- |
| 1 | Dreibuchstabiger Ländercode Belgiens, wie im Dokument 9303 der ICAO über maschinenlesbare Reisedokumente bestimmt: "BEL" |
| 3.1 | Überschrift des Dokuments: "Aufenthaltstitel" |
| 3.2 | Überschrift des Dokuments: "Residence permit" |
| 4.1 und 4.2 | Nummer des Dokuments |
| 6 | Name und Vorname(n) |
| 7 | Geschlecht |
| 8 | Staatsangehörigkeit |
| 9 | Geburtsdatum |
| 10 | Art des Titels: "I. ICT" |
| 11 | Ablaufdatum |
| 12 | Erkennungsnummer des Nationalregisters |
| 13 | Lichtbild |
| 14 | Unterschrift des Inhabers |

RÜCKSEITE:

|  |  |
| --- | --- |
| 16 | Anmerkung: Zugang zum Arbeitsmarkt |
| 16.1 | Ausstellungsdatum und -ort |
| 16.2 | Geburtsort |
| 16.3 | Versionsnummer |
| 17 | Maschinenlesbare Zone |
| 18 | Emblem des Königreichs Belgien |
| 19 | "Belgique"/"België" |

-----------------------

(1) Die Nummern entsprechen der Position der Informationen auf der Karte, wie im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige festgelegt.

*Anlage 61 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 61

**ERLAUBNIS FÜR LANGFRISTIGE MOBILITÄT "ICT"**



**FOLGENDE ANGABEN SIND MIT BLOSSEM AUGE ERKENNBAR:1**

VORDERSEITE:

|  |  |
| --- | --- |
| 1 | Dreibuchstabiger Ländercode Belgiens, wie im Dokument 9303 der ICAO über maschinenlesbare Reisedokumente bestimmt: "BEL" |
| 3.1 | Überschrift des Dokuments: "Aufenthaltstitel" |
| 3.2 | Überschrift des Dokuments: "Residence permit" |
| 4.1 und 4.2 | Nummer des Dokuments |
| 6 | Name und Vorname(n) |
| 7 | Geschlecht |
| 8 | Staatsangehörigkeit |
| 9 | Geburtsdatum |
| 10 | Art des Titels: "J. Mobile ICT" |
| 11 | Ablaufdatum |
| 12 | Erkennungsnummer des Nationalregisters |
| 13 | Lichtbild |
| 14 | Unterschrift des Inhabers |

RÜCKSEITE:

|  |  |
| --- | --- |
| 16 | Anmerkung: Zugang zum Arbeitsmarkt |
| 16.1 | Ausstellungsdatum und -ort |
| 16.2 | Geburtsort: |
| 16.3 | Versionsnummer |
| 17 | Maschinenlesbare Zone |
| 18 | Emblem des Königreichs Belgien |
| 19 | "Belgique"/"België" |

-----------------------

(1) Die Nummern entsprechen der Position der Informationen auf der Karte, wie im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige festgelegt.

*Anlage 43 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 43

**Beschluss, mit dem der Ausländer/die Ausländerin über die Teilzahlung der Gebühr zur Deckung der durch die Bearbeitung seines/ihres Aufenthalts­antrags entstehenden Verwaltungskosten informiert wird**

In Ausführung von Artikel 1/1, Artikel 61/25-5 § 3 Absatz 1, Artikel 61/27-4 § 3 Absatz 1, Artikel 61/29-4 § 6, Artikel 61/34 § 5 Absatz 1 oder Artikel 61/45 § 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern und der Artikel 1/2 § 3 und 1/2/1 § 3 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Nieder­lassung und das Ausweisen von Ausländern

hat der/die Unterzeichnete ........................................... [Name und Vorname(n)], ...................................... [Eigenschaft],

den Betreffenden/die Betreffende, der/die weiter unten genannt wird, informiert, dass die am …………………erfolgte Zahlung der Gebühr eine Teilzahlung ist und dass er/sie binnen einer Frist von:1

* 30 Tagen ab dem Tag nach dem Tag der Notifizierung des vorliegenden Beschlusses den Restbetrag zahlen muss, nämlich ......................... EUR. Falls der Betreffende/die Betreffende dies nicht tut, wird sein/ihr Antrag für unzulässig erklärt,
* 15 Tagen ab dem Tag nach dem Tag der Notifizierung des vorliegenden Beschlusses den Restbetrag zahlen muss, nämlich ......................... EUR. Falls der Betreffende/die Betreffende dies nicht tut, wird sein/ihr Antrag verweigert,
* 10 Tagen ab dem Tag nach dem Tag der Notifizierung des vorliegenden Beschlusses den Restbetrag zahlen muss, nämlich ......................... EUR. Falls der Betreffende/die Betreffende dies nicht tut, wird sein/ihr Antrag verweigert.

Name: Vorname(n):

Geburtsdatum: Geburtsort:

Staatsangehörigkeit:

Adresse:

Ausgestellt in , am

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter

Der Vertreter der belgischen diplomatischen beziehungsweise konsularischen Mission oder sein Beauftragter

Der Minister oder sein Beauftragter2

Stempel

-----------------------

(1) Zutreffenden Grund ankreuzen.

(2) Unzutreffendes bitte streichen.

**Notifizierungsurkunde**

Im Jahre , am ,

hat der/die Unterzeichnete 3

Herrn/Frau ,

geboren in , am ,

Staatsangehörigkeit: . und wohnhaft

den Beschluss notifiziert, mit dem der Ausländer/die Ausländerin über die Teilzahlung der Gebühr zur Deckung der durch die Bearbeitung seines/ihres Aufenthaltsantrags entstehenden Verwaltungskosten informiert wird, und hat ihm/ihr eine Kopie davon übermittelt.

Der/Die Unterzeichnete hat ihn/sie davon unterrichtet, dass gemäß Artikel 39/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern eine Nichtigkeitsklage gegen vorliegenden Beschluss beim Rat für Ausländerstreitsachen eingereicht werden kann. Diese Nichtigkeits­klage muss binnen dreißig Tagen ab Notifizierung dieses Beschlusses im Wege eines Antrags eingereicht werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher und verordnungsrechtlicher Modalitäten wird vorerwähnte Klage im Wege eines Antrags eingereicht, der die in Artikel 39/78 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 erwähnten Bedingungen erfüllt. Die Klage wird beim Rat per Einschreiben an den Ersten Präsidenten des Rates für Ausländerstreitsachen, rue Gaucheret/Gaucheret­straat 92-94 in 1030 Brüssel, eingereicht.

Die Ausführung der vorerwähnten Maßnahme wird durch die Einreichung einer Nichtigkeits­klage nicht ausgesetzt.

Ich bestätige hiermit, dass mir vorliegender Beschluss notifiziert worden ist.

Unterschrift des/der Betreffenden Unterschrift der Behörde

-----------------------

(3) Bezeichnung und Eigenschaft der Behörde angeben, die die Notifizierung des Beschlusses vornimmt.

*Anlage 43bis zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 43*bis*

**Beschluss zur Ablehnung eines Aufenthaltsantrags**

In Ausführung von Artikel 61/25-5 § 3 Absatz 2, Artikel 61/27-4 § 3 Absatz 2, Artikel 61/29-8 § 2 Absatz 1 Nr. 5, Artikel 61/39 § 2 Nr. 3 oder Artikel 61/48 § 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern und von Artikel 1/2/1 § 4 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern

wird der Aufenthaltsantrag, den der/die Betreffende, der/die weiter unten genannt wird, am ................................... eingereicht hat, aus folgendem Grund abgelehnt:1

* Der in Artikel 1/1/1 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern festgelegte Betrag ist nicht tatsächlich auf dem Konto Nr. BE57 6792 0060 9235 eingegangen.
* Der/die Betreffende hat eine Teilzahlung ausgeführt und den geschuldeten Restbetrag nicht gezahlt. Er/sie hat dies nicht binnen fünfzehn Tagen nach Notifizierung des Beschlusses, anhand dessen er/sie von der Teilzahlung in Kenntnis gesetzt worden ist, nachgewiesen.
* Der/die Betreffende hat eine Teilzahlung ausgeführt und den geschuldeten Restbetrag nicht gezahlt. Er/sie hat dies nicht binnen zehn Tagen nach Notifizierung des Beschlusses, anhand dessen er/sie von der Teilzahlung in Kenntnis gesetzt worden ist, nachgewiesen.

Name: Vorname(n):

Geburtsdatum: Geburtsort:

Staatsangehörigkeit:

Adresse:

Ausgestellt in ........................, am......................

Der Minister oder sein Beauftragter

Stempel

-----------------------

(1) Zutreffenden Grund ankreuzen.

**Notifizierungsurkunde**

Im Jahre , am ,

hat der/die Unterzeichnete 2

Herrn/Frau ,

geboren in , am ,

Staatsangehörigkeit: . und wohnhaft

den Beschluss zur Ablehnung seines/ihres am …………………………….. eingereichten Aufenthaltsantrags notifiziert und ihm/ihr eine Kopie davon ausgehändigt.

Der/Die Unterzeichnete hat ihn/sie davon unterrichtet, dass gemäß Artikel 39/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern eine Nichtigkeitsklage gegen vorliegenden Beschluss beim Rat für Ausländerstreitsachen eingereicht werden kann. Diese Nichtigkeits­klage muss binnen dreißig Tagen ab Notifizierung dieses Beschlusses im Wege eines Antrags eingereicht werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher und verordnungsrechtlicher Modalitäten wird vorerwähnte Klage im Wege eines Antrags eingereicht, der die in Artikel 39/78 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 erwähnten Bedingungen erfüllt. Die Klage wird beim Rat per Einschreiben an den Ersten Präsidenten des Rates für Ausländerstreitsachen, rue Gaucheret/Gaucheret­straat 92-94 in 1030 Brüssel, eingereicht.

Die Ausführung der vorerwähnten Maßnahme wird durch die Einreichung einer Nichtigkeits­klage nicht ausgesetzt.

Ich bestätige hiermit, dass mir vorliegender Beschluss notifiziert worden ist.

Unterschrift des/der Betreffenden Unterschrift der Behörde

-----------------------

(2) Bezeichnung und Eigenschaft der Behörde angeben, die die Notifizierung des Beschlusses vornimmt.

*Anlage 46 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 46

KÖNIGREICH BELGIEN

**Beschluss zur Erteilung einer kombinierten Erlaubnis / Beschluss zur Erteilung einer Blauen Karte EU / Beschluss zur Erteilung einer Erlaubnis oder eines Visums für den längerfristigen Aufenthalt für Saisonarbeitnehmer / Beschluss zur Erteilung eines Aufenthaltstitels für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer / Beschluss zur Erteilung einer Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT"1**

*ausgestellt in Anwendung von Artikel 33 des Zusammenarbeitsabkommens vom 2. Febru­ar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koor­dinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthalts­genehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer und der Artikel 105/2 § 1, 105/3 § 4, 105/8 § 1, 105/23 § 1 Absatz 1, 105/28 § 1 Absatz 1, 105/33 § 1, 105/46 § 1, 105/51 § 1, 105/57 § 1 und 105/62 § 1 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Nieder­lassung und das Ausweisen von Ausländern*

Name:

Vorname(n):

Staatsangehörigkeit:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Erkennungsnummer des Nationalregisters2:

Wohnhaft/Laut eigenen Angaben wohnhaft1:

wird es gestattet, sich für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen zu Arbeitszwecken/im Hinblick auf eine hochqualifizierte Beschäftigung/zwecks Beschäftigung als Saisonarbeit­nehmer/zwecks Beschäftigung als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer/zwecks Beschäftigung im Rahmen der langfristigen Mobilität als unternehmensintern transferierter Arbeitnehmer auf dem belgischen Staatsgebiet aufzuhalten1.

Der Beschluss zur Aufenthaltserlaubnis und der Beschluss zur Arbeitserlaubnis sind diesem Beschluss beigefügt.

Ausgestellt in ........................, am......................

Der Minister oder sein Beauftragter

Stempel

Unterschrift des/der Betreffenden

-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Nur ausfüllen, wenn der Ausländer über eine solche Erkennungsnummer verfügt.

*Anlage 49 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

Anlage 49

Königreich Belgien

Provinz:

Gemeinde:

Akz.:

**Bescheinigung**

*ausgestellt in Anwendung von Artikel 33 §§ 2 bis 6, Artikel 105/2 § 4 Absatz 3, Artikel 105/2 § 5 Absatz 2, Artikel 105/8 § 3 Absatz 3, Artikel 105/8 § 4 Absatz 2, Artikel 105/24 § 2 Absatz 2, Artikel 105/47 § 2 Absatz 2 oder Artikel 105/58 § 1 des Königlichen Erlasses vom 8. Okto­ber 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

Name: Vorname(n):

Staatsangehörigkeit:

Geboren in: am:

Wohnhaft/Laut eigenen Angaben wohnhaft1:

Erkennungsnummer des Nationalregisters der natürlichen Personen2:

ist heute bei der Gemeindeverwaltung erschienen, um das vorliegende Dokument zu erhalten, in Erwartung3:

* seiner/ihrer Eintragung und/oder der Ausstellung der kombinierten Erlaubnis, auf die er/sie Anrecht hat (Art. 105/2 §§ 4 und 5),
* seiner/ihrer Eintragung und/oder der Ausstellung einer Blauen Karte EU, auf die er/sie Anrecht hat (Art. 105/8 §§ 3 und 4),
* seiner/ihrer Eintragung und/oder der Ausstellung einer Erlaubnis für Saisonarbeit­nehmer, auf die er/sie Anrecht hat (Art. 105/24 § 2),
* seiner/ihrer Eintragung und/oder der Ausstellung eines Aufenthaltstitels für unter­nehmensintern transferierte Arbeitnehmer, auf den er/sie Anrecht hat (Art. 105/47 § 2),
* seiner/ihrer Eintragung und/oder der Ausstellung einer Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT", auf die er/sie Anrecht hat (Art. 105/58 § 1),
* eines Beschlusses über die Erneuerung seiner/ihrer kombinierten Erlaubnis (Art. 33 § 2),
* eines Beschlusses über die Ausstellung einer kombinierten Erlaubnis als ehemalige(r) Inhaber(in) einer Arbeitserlaubnis B (Art. 33 § 5),
* eines Beschlusses über die Erneuerung seiner/ihrer Blauen Karte EU (Art. 33 § 3),
* eines Beschlusses über die Erneuerung seiner/ihrer Erlaubnis für Saisonarbeitnehmer (Art. 33 § 4),
* eines Beschlusses über die Erneuerung seines/ihres Aufenthaltstitels für unternehmens­intern transferierte Arbeitnehmer (Art. 33 § 6),
* eines Beschlusses über die Erneuerung seiner/ihrer Erlaubnis für langfristige Mobilität "ICT" (Art. 33 § 6).

Vorliegende Bescheinigung deckt den Aufenthalt des/der Betreffenden vorläufig bis zum:

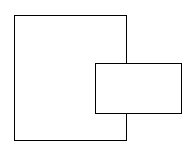
Arbeitsmarkt: BESCHRÄNKT, UNBESCHRÄNKT, NEIN

**Vorliegendes Dokument ist weder ein Identitätsnachweis noch eine Staatsange­hörigkeitsbescheinigung und ist nur als Begleitdokument des nationalen Identitätsdokuments des Inhabers/der Inhaberin gültig.**

Ausgestellt in , am

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter

Foto + Stempel



-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Nur ausfüllen, wenn der Ausländer über eine solche Erkennungsnummer verfügt.

(3) Zutreffenden Grund ankreuzen.

Die Gültigkeitsdauer der vorliegenden Bescheinigung wird verlängert:

Bis zum ........................................................ Bis zum .............................................................

Ausgestellt in ...................., am ................... Ausgestellt in ......................, am ......................

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter Der Bürgermeister oder sein Beauftragter

Stempel Stempel

Die Gültigkeitsdauer der vorliegenden Bescheinigung wird verlängert:

Bis zum ........................................................ Bis zum .............................................................

Ausgestellt in ...................., am ................... Ausgestellt in ......................, am ......................

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter Der Bürgermeister oder sein Beauftragter

Stempel Stempel

Die Gültigkeitsdauer der vorliegenden Bescheinigung wird verlängert:

Bis zum ........................................................ Bis zum .............................................................

Ausgestellt in ...................., am ................... Ausgestellt in ......................, am ......................

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter Der Bürgermeister oder sein Beauftragter

Stempel Stempel

*Anlage 52 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

Anlage 52

Königreich Belgien

Föderaler Öffentlicher Dienst Inneres

Ausländeramt

Akz.:

**Beschluss zur Beendigung des Aufenthalts**

***(Vorderseite)***

In Ausführung von Artikel 61/25-7, Artikel 61/27-6, Artikel 61/29-8 § 3, Artikel 61/39 § 4 oder Artikel 61/48 § 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern und von Artikel 105/6, Artikel 105/9, Artikel 105/37, Artikel 105/54 oder Artikel 105/65 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern wird dem Aufenthalt im Königreich von:

Name: Vorname(n):

Staatsangehörigkeit:

Geboren in: am:

Erkennungsnummer des Nationalregisters der natürlichen Personen:

dem/der der Aufenthalt aufgrund von Artikel 61/25-5, Artikel 61/27-4, Artikel 61/29-8 § 1, Artikel 61/39 § 1 oder Artikel 61/48 § 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Ein­reise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern erlaubt ist, aus folgenden Gründen ein Ende gesetzt:

............................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................................

**Vorliegendes Dokument ist weder ein Identitätsnachweis noch eine Staats­angehörigkeitsbescheinigung.**

Ausgestellt in , am

Der Minister oder sein Beauftragter1

-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen und Eigenschaft des Ministers, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständig ist, angeben.

**Notifizierungsurkunde**

***(Rückseite)***

Im Jahre , am ,

hat der/die Unterzeichnete 2

Herrn/Frau ,

wohnhaft in

,

geboren in , am ,

auf Antrag des Ministers 1

des Beauftragten des Ministers

den Beschluss notifiziert.

Der/Die Unterzeichnete hat ihn/sie davon unterrichtet, dass gemäß Artikel 39/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern eine Nichtigkeitsklage gegen vorliegenden Beschluss beim Rat für Ausländerstreitsachen eingereicht werden kann. Diese Nichtigkeits­klage muss binnen dreißig Tagen ab Notifizierung dieses Beschlusses im Wege eines Antrags eingereicht werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher und verordnungsrechtlicher Modalitäten wird vorerwähnte Klage im Wege eines Antrags eingereicht, der die in Artikel 39/78 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 erwähnten Bedingungen erfüllt. Die Klage wird beim Rat per Einschreiben an den Ersten Präsidenten des Rates für Ausländerstreitsachen, rue Gaucheret/Gaucheret­straat 92-94 in 1030 Brüssel, eingereicht.

Die Ausführung der vorerwähnten Maßnahme wird durch die Einreichung einer Nichtigkeits­klage beziehungsweise eines Aussetzungsantrags nicht ausgesetzt.

**Vorliegendes Dokument ist weder ein Identitätsnachweis noch eine Staats­angehörigkeitsbescheinigung.**

Ich bestätige hiermit, dass mir vorliegender Beschluss notifiziert worden ist.

Unterschrift des Ausländers/der Ausländerin Unterschrift der Behörde

-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen und Eigenschaft des Ministers, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständig ist, angeben.

(2) Bezeichnung und Eigenschaft der Behörde angeben, die die Notifizierung des Beschlusses vornimmt.

*Anlage 59 zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

Anlage 59

Königreich Belgien

Gemeinde:

Akz.:

**Beschluss zur Verweigerung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens mit Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen1**

In Ausführung von Artikel 69*duodecies* § 7 Absatz 2 / 69*duodecies* § 9 Absatz 1 / 69*duodecies* § 9 Absatz 2 / 69*duodecies* § 9 Absatz 4 / 69*terdecies* § 6(1) des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern wird der Antrag auf Erlangung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens oder auf Erneuerung der Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens, beantragt am .................................................. von:

Name:

Vorname(n):

Staatsangehörigkeit:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Erkennungsnummer des Nationalregisters2:

Wohnhaft/Laut eigenen Angaben wohnhaft:

mit der folgenden Begründung verweigert:3

* Der/Die Betreffende hat binnen der festgelegten Frist nicht nachgewiesen, dass er/sie die Bedingungen erfüllt, um als Begünstigter des Austrittsabkommens das Recht auf einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten in Anspruch zu nehmen. Gemäß Arti­kel 69*duodecies* § 9 Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 verfügt der/die Betreffende über eine zusätzliche Frist von einem Monat, das heißt bis zum ………………..……, um die erforderlichen Unterlagen zu übermitteln.
* Der/Die Betreffende hat binnen der festgelegten Frist nicht nachgewiesen, dass er/sie die Bedingungen für das Aufenthaltsrecht als Begünstigter des Austrittsabkommens oder für das Recht auf kleinen Grenzverkehr als Begünstigter des Austrittsabkommens oder auf Erneuerung dieses Rechts erfüllt.1
* Der/Die Betreffende erfüllt nicht die erforderlichen Bedingungen, um als Begünstigter des Austrittsabkommens das Recht auf einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten in Anspruch zu nehmen oder um als Begünstigter des Austrittsabkommens das Recht auf kleinen Grenzverkehr oder die Erneuerung dieses Rechts in Anspruch zu nehmen1:

* Das Aufenthaltsrecht oder das Recht auf kleinen Grenzverkehr als Begünstigter des Austrittsabkommens oder die Erneuerung dieses Rechts1 wird aus Gründen der öffent­lichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit verweigert. Persönliche Verhaltensweise des/der Betreffenden, aufgrund dessen sein/ihr Aufenthalt oder sein/ihr Recht auf kleinen Grenzverkehr1 aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit unerwünscht ist:

* Das Aufenthaltsrecht oder das Recht auf kleinen Grenzverkehr als Begünstigter des Austrittsabkommens oder die Erneuerung dieses Rechts1 wird aus Gründen der Volks­gesundheit verweigert:

Der/Die Betreffende wird angewiesen, das Staatsgebiet des Königreichs binnen ………………. Tagen zu verlassen.1

**Vorliegendes Dokument ist weder ein Identitätsnachweis noch eine Staats­angehörigkeitsbescheinigung.**

Ausgestellt in ......................................... am………………………..

Stempel

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter1

Der Minister………………………….. 4 oder sein Beauftragter

-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Nur ausfüllen, wenn der Ausländer über eine solche Erkennungsnummer verfügt.

(3) Zutreffendes bitte ankreuzen.

(4) Eigenschaft des Ministers, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständig ist, angeben.

**Notifizierungsurkunde**

Im Jahre , am ,

hat der/die Unterzeichnete 2

Herrn/Frau ,

geboren in , am ,

auf Antrag des Ministers 1

des Beauftragten des Ministers

den Beschluss vom ………………….. notifiziert, mit dem die Rechtsstellung eines Begünstigten des Austrittsabkommens verweigert wird mit Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen.1

Auf Veranlassung des/der Unterzeichneten ist ihm/ihr eine Kopie dieses Beschlusses ausge­händigt worden.

Der/Die Unterzeichnete hat ihn/sie davon unterrichtet, dass er/sie sich bei Nichtbeachtung dieser Anweisung der Gefahr aussetzt, zur Grenze zurückgebracht und zu diesem Zweck gemäß Artikel 27 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern für die Zeit, die für die Ausführung der Maßnahme unbedingt notwendig ist, in Haft genommen zu werden.

Der/Die Unterzeichnete hat ihn/sie davon unterrichtet, dass gemäß Artikel 39/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 eine Nichtigkeitsklage gegen vorliegenden Beschluss beim Rat für Ausländerstreitsachen eingereicht werden kann. Diese Nichtigkeitsklage muss binnen dreißig Tagen ab Notifizierung dieses Beschlusses im Wege eines Antrags eingereicht werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher und verordnungsrechtlicher Modalitäten wird vorerwähnte Klage im Wege eines Antrags eingereicht, der die in Artikel 39/78 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 und in Artikel 32 der Verfahrensordnung des Rates für Ausländer­streitsachen erwähnten Bedingungen erfüllt. Vorbehaltlich der in Artikel 3 § 1 Absatz 2 und 4 der Verfahrensordnung des Rates für Ausländerstreitsachen vorgesehenen Abweichungen wird die Klage beim Rat per Einschreiben an den Ersten Präsidenten des Rates für Ausländer­streitsachen in 1030 Brüssel, Rue Gaucheret / Gaucheretstraat 92-94, eingereicht.

Gemäß Artikel 18 Absatz 3 des Austrittsabkommens wird die Ausführung der vorerwähnten Maßnahme durch die Einreichung einer Nichtigkeitsklage ausgesetzt.

**Vorliegendes Dokument ist weder ein Identitätsnachweis noch eine Staats­angehörigkeitsbescheinigung.**

Ich bestätige hiermit, dass mir vorliegender Beschluss notifiziert worden ist.

Unterschrift des Ausländers/der Ausländerin Unterschrift der Behörde

-----------------------

(1) Unzutreffendes bitte streichen und Eigenschaft des Ministers, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständig ist, angeben.

(2) Bezeichnung und Eigenschaft der Behörde angeben, die die Notifizierung des Beschlusses vornimmt.

*Anlage 15quinquies zum Königlichen Erlass vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern*

ANLAGE 15*quinquies*

KÖNIGREICH BELGIEN

Föderaler Öffentlicher Dienst Auswärtige Angelegenheiten,

Aussenhandel und Entwicklungszusammenarbeit

Akz.:

**Bescheinigung über die Einreichung eines Antrags auf Aufenthaltszulassung oder auf Aufenthaltserlaubnis von mehr als drei Monaten**

ausgestellt in Anwendung von Artikel 12*bis* § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Aus­ländern und Artikel 25/3 § 1 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern

Name:

Vorname(n):

Staatsangehörigkeit:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

ist am ………………….………… (Tag.Monat.Jahr) bei der belgischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung von ………….……………………… vorstellig geworden, um in Anwendung der Artikel 10, 10*bis* und 12*bis* des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern einen Aufenthaltsantrag einzureichen als:

* Ausländer, dessen Aufenthaltsrecht durch einen internationalen Vertrag, durch Gesetz oder durch einen Königlichen Erlass anerkannt ist (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 1),
* Ausländer, der die gesetzlichen Bedingungen erfüllt, um die belgische Staatsange­hörigkeit durch Option zu erwerben oder um diese Staatsangehörigkeit wiederzu­erlangen (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 2),
* Frau, die durch ihre Heirat oder dadurch, dass ihr Ehemann eine fremde Staats­angehörigkeit erworben hat, die belgische Staatsangehörigkeit verloren hat (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 3),
* Ehepartner oder Lebenspartner im Rahmen einer Partnerschaft, die einer Ehe gleichgesetzt ist, eines Drittstaatsangehörigen, dem der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer beziehungsweise die Niederlassung gestattet oder erlaubt ist (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 4),
* Lebenspartner im Rahmen einer einem Gesetz entsprechend registrierten Partnerschaft eines Drittstaatsangehörigen, dem der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer beziehungs­weise die Niederlassung gestattet oder erlaubt ist (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 5),
* Alleinstehender, der jünger als achtzehn Jahre und Kind eines Drittstaatsangehörigen ist, dem der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer beziehungsweise die Niederlassung gestattet oder erlaubt ist, oder Kind dessen Ehepartners beziehungsweise Lebens­partners ist (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 4 und 5),
* Alleinstehender mit Behinderung, der jünger als achtzehn Jahre und Kind eines Drittstaatsangehörigen ist, dem der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer beziehungsweise die Niederlassung gestattet oder erlaubt ist (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 6),
* Vater oder Mutter eines Ausländers, der als Flüchtling anerkannt oder dem der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt ist, der jünger als achtzehn Jahre ist und in das Königreich eingereist ist, ohne in Begleitung eines für ihn verantwortlichen volljährigen Ausländers zu sein, und der anschließend nicht unter der Obhut einer solchen Person stand (Artikel 10 § 1 Absatz 1 Nr. 7),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen, der sich als Student im Königreich aufhält (Artikel 10*bis* § 1),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen, dem der Aufenthalt für begrenzte Dauer erlaubt ist (Artikel 10*bis* § 2),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen, der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten besitzt (Artikel 10*bis* § 3),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen, der Inhaber einer Blaue Karte EU ist (Artikel 10*bis* § 4),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen in der Eigenschaft eines unternehmens­intern transferierten Arbeitnehmers (Artikel 10*bis* § 5),
* Familienmitglied eines Drittstaatsangehörigen in der Eigenschaft eines unternehmens­intern transferierten Arbeitnehmers im Rahmen einer langfristigen Mobilität (Arti­kel 10*bis* § 6).

Der/Die Betreffende wird davon in Kenntnis gesetzt, dass der Beschluss in Bezug auf seinen/ihren Antrag auf Aufenthaltszulassung oder auf Aufenthaltserlaubnis von mehr als drei Monaten schnellstmöglich und spätestens sechs Monate ab dem Datum der vorliegenden Empfangsbescheinigung - diese Frist kann gegebenenfalls zwei Mal um drei Monate verlängert werden - von der zuständigen Behörde gefasst und der angerufenen diplomatischen oder konsularischen Vertretung notifiziert wird.

Ausgestellt in , am

Der Vertreter der belgischen diplomatischen beziehungsweise

konsularischen Mission oder sein Beauftragter

Stempel

Unterschrift des/der Betreffenden